



Grußwort

von

**Hartmut Koschyk MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Finanzen**

**Stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsrates der
„Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“**

**anlässlich der Tagung „Gegen Verdrängen und Vergessen: Zur
Kultur des Gedenkens in Deutschland, Korea und Ostasien“**

**am Donnerstag, dem 18. Oktober 2012
Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin**

Als Ehrenpräsident der Deutsch-Koreanischen Gesellschaft, Ko-Vorsitzender des Deutsch-Koreanischen Forums sowie als ehemaliger Vorsitzender der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag, möchte ich Sie anlässlich der Tagung „Gegen Verdrängen und Vergessen: Zur Kultur des Gedenkens in Deutschland, Korea und Ostasien“ herzlich willkommen heißen.

Mein besonderer Dank gilt den Organisatoren der Tagung, der Bundeszentrale für politische Bildung und dem „Korean Civic Education Institute for Democracy“ sowie allen Verantwortlichen, die zu dieser Tagung beigetragen haben, allen voran der Freien Universität Berlin. Mein besonderer Gruß gilt dem Vizepräsidenten des Instituts „Korean Civic Education Institute for Democracy“, Herrn Seok-keun Rim, dem Leiter der zuständigen Fachabteilung bei der Bundeszentrale für politische Bildung, Herrn Bernd Hübinger, der Leiterin des Instituts für Koreastudien an der Universität Berlin, Frau Prof. Dr. Eun-Jeung Lee sowie den zahlreichen anwesenden Referenten.

Deutschland und Korea teilen in ihrer Geschichte schmerzhaft Erinnerungen. Erinnerungen, die es auch für die Zukunft zu bewahren gilt. Nur wenn man sich seiner eigenen Geschichte bewusst ist, kann man die Weichen für eine gute Zukunft stellen und verhindern, dass sich die Schrecken der Vergangenheit wiederholen. Es ist daher unser aller Auftrag, an die leidvollen Geschehnisse der Vergangenheit in unseren Ländern zu erinnern.

In Deutschland gilt es, unverändert an die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur, aber auch an das Unrecht des DDR-Regimes zu erinnern.

In Ostasien gilt es, auch dort unverändert zum Beispiel die Untaten der japanischen Aggression, das Leid des Korea-Krieges und das Unrecht verschiedener autoritärer Regime - sei es in der Volksrepublik China oder in Nordkorea - aufzuarbeiten. Aber auch Südkorea muss sich mit der Kollaboration während der japanischen Besetzung und dem Unrecht der Militärherrschaft auseinandersetzen.

Erlauben Sie mir einige kurze Gedanken zur Aufarbeitung der jüngsten deutschen Geschichte zu den Untaten der DDR-Diktatur und des SED-Regimes zu nennen.

Die Unrechts- und Verfolgungspolitik der kommunistischen Diktatur, die Verhinderung demokratischer Willensbildung, die Verneinung individueller Freiheit, die Unterdrückung weiler Teile der Bevölkerung mit Hilfe eines riesigen Überwachungsapparates sowie die Teilung Deutschlands haben jahrzehntelang das Bewusstsein und Verhalten der Bevölkerung in der DDR, aber auch in der Bundesrepublik geprägt. Daher ist die Erinnerung und Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur eine gesamtdeutsche Aufgabe.

Mehr als 600 Denkmäler, Gedenkzeichen, Museen und Gedenkstätten erinnern daher mittlerweile in der gesamten Bundesrepublik an die kommunistische Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR. Sie sind Ausdruck der vielfältigen Erinnerung an das geschehene Unrecht, an Verfolgung und Repression, an die deutsche Teilung und ihre Folgen. Sie erinnern aber auch an den Mut und die Zivilcourage derjenigen, die sich in den vier Jahrzehnten dieser Diktatur widersetzen und dazu beitrugen, dass diese mit der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 überwunden werden konnte. Die Bandbreite der Orte reicht von Gedenkstätten und Museen, Dokumentationszentren und Dauerausstellungen, über Skulpturen und Erinnerungslandschaften bis hin zu Gedenktafeln und -steinen.

Zwischen 1992 und 1998 beschäftigten sich zwei Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestages mit der Geschichte der SED-Diktatur sowie ihren Folgen für die deutsche Einheit. Meine Mitarbeit in beiden Kommissionen hat mein politisches Bewusstsein für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit entscheidend geprägt.

Der politische Handlungsbedarf war groß: Geschlossen stimmte der Bundestag daher für die Einrichtung einer Enquête-Kommission, die sich dem belastenden Erbe der SED-Diktatur widmen sollte. Mit ihren 43 Mitgliedern, davon 16 Abgeordnete, 16 Stellvertreter und 11 Sachverständige, war die Enquête-Kommission die bislang größte in der deutschen Geschichte. Aber auch im Hinblick auf ihr Ziel unterschied sie sich von ihren Vorgängerinnen: Zum ersten Mal beschäftigte sich eine Kommission mit

einem historischen Thema - wenn auch einem mit großen Auswirkungen auf die Gegenwart.

Zwei Jahre später, am 31. Mai 1994, legte die Kommission ihren ersten, rund 300 Seiten umfassenden Bericht vor. Protokolle und Expertisen mit einem Umfang von rund 15.000 Seiten ergänzten die Ausführungen. Im Bundestag beraten wurde der Bericht am 17. Juni 1994, dem Jahrestag des Volksaufstands in der DDR. In seiner Rede verglich der Kommissionsvorsitzende Rainer Eppelmann die Arbeit der Kommission zu recht mit der eines „Suchtrupps“, der sich im verfallenen „Bau der DDR“ auf Spurensuche begibt.

Aufgrund der Komplexität und Wichtigkeit des Themas stimmte der Bundestag schließlich für eine zweite Kommission, die in der 13. Legislaturperiode die Arbeit der ersten Enquête fortsetzte. Deren zentrale Empfehlung an die Politik lautete schließlich in einem am 8. Oktober 1997 vorgestellten Bericht, eine bundeseigene Stiftung zu gründen, die langfristig die Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Folgen der SED-Diktatur fördern solle. In der Bundestagsdebatte am 2. April 1998, die der Abstimmung über die Stiftung vorausging, erklärte ich damals: *„Es geht darum, der Aufarbeitung Beständigkeit und Stetigkeit zu verleihen“*.

Bereits im November 1998 konnte die "Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ ihre Arbeit aufnehmen. Seit nunmehr 14 Jahren fördert und berät die Stiftung Projekte der gesellschaftlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur, privater Archive und von Opferverbänden, der Wissenschaft und der politischen Bildung. Sie sichert und sammelt Materialien und Dokumente, berät und betreut Opfer politischer Verfolgung, veröffentlicht Publikationen und organisiert Veranstaltungen.

Auch möchte ich auf Artikel 17 des Einigungsvertrags verweisen, der vorsieht, dass die Rehabilitierung der Opfer von politischem Unrecht der DDR mit einer angemessenen Entschädigungsregelung zu verbinden ist. Der Einsatz für Freiheit und Demokratie soll somit gewürdigt und ein Ausgleich für erlittenes Unrecht, Verfolgung und Behördenwillkür soll geleistet werden. Der Deutsche Bundestag verabschiedete auf dieser Grundlage die sogenannten SED-Unrechtsbereinigungsgesetze: Das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz, das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungs-

gesetz und Berufliche Rehabilitierungsgesetz sowie das Gesetz über eine besondere Zuwendung für Haftopfer – die sogenannte "Opferrente".

Die Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur muss auch weiterhin als Grundaufgabe im Prozess der deutschen Einheit begriffen werden und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe bleiben. Die Erinnerung an den „Eisernen Vorhang“ und die Unrechtstaten der SED-Diktatur dürfen nicht verdrängt werden. Über 200 Tote an Mauer und Stacheldraht mahnen, den Wert der Freiheit nie zu vergessen.

Um Demokratie wurde und wird überall auf der Welt gekämpft – und gegen sie ebenfalls. Vielfalt und freiheitlich-demokratische Grundordnung werden auch heute noch in Frage gestellt. Deshalb gilt es auch weiterhin, aus der Geschichte heraus Fragen für die Zukunft zu stellen. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die junge Generation wichtig, damit die Erfahrungen von Leid und Unrecht nicht verloren gehen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle einige Worte direkt an unsere koreanischen Freunde zu richten: Die Welt verändert sich rasant und somit entsteht das natürliche Verlangen nach Dynamik und Veränderung. Stärke besteht seit langem nicht mehr in Teilung und Isolation, sondern in Einheit und Solidarität. Ich bin daher fest davon überzeugt, dass die Zeit für ein geeintes Korea kommen wird. Damit wird - wie in Deutschland nach dem Zusammenbruch der DDR - auch auf der koreanischen Halbinsel ein neues Kapitel der Aufarbeitung aufgeschlagen werden müssen. Dies kann durchaus schneller als erwartet der Fall sein. Auch Anfang 1989 haben wohl nur wenige in Deutschland, Europa und der Welt geglaubt, dass ein dreiviertel Jahr später die Berliner Mauer fallen und Deutschland am 3. Oktober 1990 wiedervereint sein wird!

Die Vergangenheit ist nie vergangen. Deshalb müssen wir in Deutschland an die nationalsozialistischen Verbrechen und das Unrecht, das unter dem SED-Regime verübt wurde, stets aufs Neue erinnern. Deshalb muss man auch in Korea weiterhin an Besatzungszeit und Militärregime erinnern! Es gilt, auch weiterhin über vergessene Opfergruppen und über die, die mutig Widerstand gegen Unrecht und Unterdrückung geleistet haben, zu sprechen.

Eine Kultur des Gedenkens und Erinnerns gegen das Verdrängen und Vergessen ist und bleibt für Deutschland, Korea und Ostasien ein gemeinsamer Auftrag, der unsere Länder und Regionen verbindet. Ich möchte daher nochmals der Bundeszentrale für politische Bildung und dem „Korean Civic Education Institute for Democracy“ sowie der Freien Universität Berlin herzlich danken, dass sie das Thema Erinnerungskultur in den Mittelpunkt ihrer gemeinsamen Tagung gerückt haben.

Eine Kultur des Erinnerns und Gedenkens ist in Deutschland, aber auch in Korea und Ostasien auch als Chance zu verstehen, vor allem wenn wir im Hinblick auf unsere Geschichte zwei Erfahrungen mit in die Zukunft nehmen: Die Kraft, die von den Werten Freiheit, Demokratie und Zivilcourage ausgeht, und die Kraft, die in einem Volk stecken kann, wenn es entschlossen ist, diesen Werten Geltung zu verschaffen!

Um dieses wichtige historische und stets aktuelle Themenfeld weiter aufzuarbeiten, wünsche ich Ihnen in den kommenden Tagen viele neue interessante Erkenntnisse, einen ergiebigen Erfahrungsaustausch und anregende Diskussionen.